

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

werte Kolleginnen und Kollegen,

Vor einem Jahr dachten wir, Corona sei die historische Herausforderung der 2020-er Jahre. Seit dem 24. Februar wissen wir, dass das leider noch nicht alles gewesen ist.

So traumhaft unsere Situation im Vergleich zu der der Menschen in der Ukraine ist, bekommen wir den Krieg doch auch hautnah zu spüren. Wir haben mit dem Aufbau einer Energieabhängigkeit sehenden Auges einem Despoten wesentliche Teile unserer Infrastruktur in die Hand gegeben und damit den Hebel, unsere Lebensgrundlagen schwer zu erschüttern. Was für ein fataler Fehler!

Wir sind zwar zuversichtlich, gut über den Winter zu kommen. Unsere Bitte an Sie, Herr Oberbürgermeister, ist aber: Bilden Sie für diesen Winter vorsorglich verwaltungsintern eine Taskforce, die auch unbürokratisch agieren kann, wenn es ganz dick kommt und vernetzen Sie sie mit der Zivilgesellschaft. Sie haben dafür unsere volle Rückendeckung. Wir wollen, dass niemand erfriert und auch kranke und alte Menschen nicht gesundheitlichem Schaden nehmen, weil sie nur unzureichend heizen können.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung: Es ist traurig, dass es eines Hinweises ausgerechnet der Wirtschaftsweisen bedarf, dass in dieser schweren Situation die Wohlhabenden solidarisch ihren Beitrag leisten müssen. Dass in dieser Krise die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinandergeht, weil die Politik nicht in der Lage ist, die wirklich Reichen an den Kosten für die Unterstützung der in Not geratenen Menschen zu beteiligen, ist eine Schande für dieses Land.

Ansonsten aber müssen wir jetzt nach vorne schauen. Alle Kraft und finanziellen Mittel in die erneuerbaren Energien investieren. Denn das ist das Positive an der Doppelkrise: Der Ausweg aus der Klimakrise und der Weg zu mehr Energieunabhängigkeit weisen in die gleiche Richtung: „Energieeffizienz und Erneuerbare.“ Und die Rückmeldungen anlässlich der Aalener Erklärung zum Klimaschutz haben eindrucksvoll bestätigt: Die Transformation ist auch in der Aalener Wirtschaft schon in vollem Gange. Sie bietet enorme Chancen, auf

Sicht gestärkt aus der Krise herauszukommen. Dazu müssen Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen.

Den Beschluss zur Klimaneutralität 2035 gilt es nun umzusetzen. Das Jahr 2023 wird die Stunde der Wahrheit. Jetzt muss die Absicht zur Klimaneutralität messbar gemacht, mit Maßnahmen hinterlegt und ein Monitoring durchgeführt werden. Die Arbeitsgruppen mit den Sachverständigen werden Vorschläge ausarbeiten, mit welcher Maßnahme welche CO<sub>2</sub>-Reduktion erreicht werden kann und der Gemeinderat muss dann liefern.

In der Tagespolitik einfach so weitermachen wie bisher, wie es derzeit nach wie vor zu beobachten ist, kann es dann nicht mehr geben.

Die Chance zur Nutzung der Abwärme der Industrie ist in Aalen die Kehrseite des hohen Anteils an den CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die geplante neue Wärmeachse ist der richtige Weg. Das nutzbare Wärmepotenzial einiger Firmen in Aalen ist hoch. Und allein die Abwärme aus der Kläranlage Hasennest ist mit 12 Mio KWh pro Jahr so viel wie 54% der derzeit im Wärmenetz Aalen zur Verfügung gestellten Wärme. Wir können also aus Fäkalien Edelmetall machen....

Grünes Licht wollen wir in Aalen für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien geben. Fotovoltaik auf allen geeigneten Dächern und auch auf Freiflächen. Bei Letzteren eingebunden in ein ökologisches Gesamtkonzept, das - raffiniert gemacht - sogar noch zur Biodiversität beitragen kann.

Aber wir brauchen auch Strom, wenn die Sonne nicht scheint. Jetzt müssen wir schnell die Weichen für mehr Windkraft stellen. Das bisherige Aalener Motto „Nur ein verhindertes Windrad ist ein gutes Windrad“ muss der Vergangenheit angehören! Der Wind hat sich buchstäblich auch in der Einstellung der Bevölkerung gedreht. Entscheidend für die Akzeptanz ist, dass die Menschen vor Ort auch finanziell am Gewinn der Anlagen beteiligt werden. Wir sollten nochmals intensiv miteinander besprechen, wofür und wie wir professioneller gemanagte Genossenschaftsmodelle zum Laufen bringen.

Den enormen Finanzbedarf des Umbaues unseres Energiesystems und das private Kapital unserer Bürgerinnen und Bürger, die nach sinnvollen Anlagemöglichkeiten suchen, wollen wir zusammenbringen. Gleichzeitig bedarf es einer enormen Kraftanstrengung, um das Netz für die Einspeisung erneuerbarer Energien zu ertüchtigen.

Und schließlich wird die Speicherung der Energie zu einem alles beherrschenden Thema. Wir stellen deshalb den Antrag, dass Aalen zum Vorreiter wird und eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Speicherkraftwerks in Auftrag gibt. Dazu sollen zwei sehr verschiedene neue Technologien der Firmen Energy Vault und CMBlue Energy geprüft, verglichen und bewertet werden.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Mobilität. Da wäre z.B. in Unterkochen der erste schnelle Weg, Klimaschutz und Entlastung zu schaffen, zunächst einmal die Alternativen zum Autoverkehr am Alaufstieg auszubauen. Die erfreuliche Ansiedlung eines Zeiss-Bereichs in Ebnat bietet die Chance, gemeinsam mit dem Unternehmen moderne und umweltfreundliche Verkehrssysteme zu pushen. Wir müssen sie ergreifen!

Für Kunden und Einpendler in die Stadt fallen uns leider nur neue Parkhäuser ein. Solange sogar der Landkreis seinen Mitarbeitenden einen Tiefgaragenstellplatz auf sage und schreibe 5 Euro pro Monat heruntersubventioniert, beim Jobticket aber nur sehr schwache Konditionen anbietet, ist es noch ein weiter Weg zur umweltfreundlichen Mobilität.

Der Ausbau des ÖPNV ist bei der Mobilität die erste Antwort auf die Klimakrise. Die gute Anbindung aller Teilorte muss zu allen Zeiten gewährleistet sein. Als Anreiz zum Umstieg der Studierenden auf den ÖPNV beantragen wir, bei Anmeldung des Erstwohnsitzes in Aalen zukünftig das angekündigte 365-Euro-Ticket des Landes statt des Semestertickets 2 in den ersten beiden Semestern zu übernehmen. So wären zukünftig auch alle öffentlichen Verkehrsmittel in Baden-Württemberg und somit auch Familienheimfahrten enthalten. Sollte wegen des bundesweiten 49-Euro-Tickets das Angebot des Landes nicht kommen, wollen wir die Kosten dafür übernehmen. Ferner beantragen wir, über das Umweltticket der Stadt mit dem Ziel neu zu beraten, den Umstieg auf das bundesweite 49-Euro-Ticket zu fördern. Das Aalener Umweltticket liegt nur noch 10 Euro unter dem bundesweiten Angebot.

Beim Ausbau der Radinfrastruktur müssen wir gewaltig zulegen. Besonders im verkehrsreichen innerstädtischen bzw. innerörtlichen Raum fehlen sichere Radwege. Bei der Umfrage zur Mobilität anlässlich des Altaufstiegs wurde die Verkehrssicherheit für Radfahrende innerorts als schlecht bewertet. Wir wollen deshalb beschlossene Maßnahmen im wahrsten Sinne schneller auf die Straße bringen. Die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Radverkehr im letzten Jahr offenbart, dass es personalmäßig bei der Umsetzungsplanung im Tiefbauamt klemmt. Deshalb beantragen wir die Schaffung der Stelle eines Fachplaners/einer Fachplanerin für Radverkehr im Tiefbauamt. Ferner, auch dieses Jahr, die Mittel für den Radverkehr analog zu den Zuschüssen aufzustocken.

Der Widerspruch zwischen dem Handlungsfeld „Landnutzung“ im Klimaaktionsplan und den Begierden beim Flächennutzungsplan wird derzeit besonders offensichtlich.

Wir fordern, bei der Innenentwicklung nochmals richtig draufzusatteln. Das Handlungsprogramm Wohnen ist ein Schritt in die richtige Richtung, um beides – den dringenden Handlungsbedarf, Wohnraum zu schaffen und den sparsamen Umgang mit Flächen – unter einen Hut zu bringen. Die Aktivierung von leerstehendem Wohnraum durch Angebote an die Eigentümer lindert kurzfristig die Wohnungsnot und reduziert den Druck auf die grüne Wiese.

Um das Potenzial des Bestands aber wirklich zu nutzen, müssen wir die Altbaugebiete, in denen sich ein Generationswechsel vollzieht, aktiv managen.

Mit den Anträgen auf Beratung älterer Menschen über die Möglichkeiten der altersgerechten Sanierung ihres Hauses und „Wohnen für Hilfe“, einem Tauschangebot von Hilfe junger Menschen gegen kostenloses Wohnen, möchte die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen erreichen, dass Menschen, die das möchten, so lange wie möglich in ihrem Haus leben können.

Eine zunehmende Zahl älterer Menschen empfinden ihre Häuser jedoch nach dem Auszug der Kinder oder Versterben des Partners/der Partnerin als zu groß, zu beschwerlich und die Pflege und Versorgung ihrer Häuser und Gärten wird ihnen zu viel.

Oft ist aber Hilfe und Unterstützung erforderlich, um attraktive Alternativen aufzuzeigen, abzuwägen und gegebenenfalls auch zu realisieren. Dazu bedarf es passender Wohnungsangebote. Viele Eigentümer wollen in ihrem Quartier bleiben.

Mit unserem Antrag „generationengerechte Angebote“ werden u.a. folgende Ziele verfolgt:

- Schaffung von Netzwerken in allen Altbaugebieten der Stadt und in den Ortschaften
- Angebot alternativer Wohnmöglichkeiten in jedem Bestandsgebiet in Zusammenarbeit mit der Aalener Wohnungsbau
- Entwicklung eines Modellvorhabens mit ca. 10 bis 15 Geschosswohnungen in Modulbauweise, das an verschiedenen Orten der Stadt kostengünstig errichtet werden kann. Optional auch mit Räumen zu Unterbringung von Pflegekräften und mit variablen Grundrissen.

Als Initialzündung für diese Aufgabe soll dafür eine Vollzeitstelle im bereits vorhandenen Bereich des Leerstellenmanagements geschaffen werden. Die Kraft soll zeitnah Konzepte zusammen mit gemeinnützigen Trägern und der Wohnungsbau Aalen GmbH entwickeln und die weiteren Personalbedarfe eruieren.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Haushaltsrede als erstes Aufgabenfeld der Kommunalpolitik „Bildung und Betreuung“ genannt und ausgeführt, dass diese Ausgaben in den kommenden Jahren unseren Haushalt wesentlich prägen werden. Das ist gut so. Jeder Euro ist dort gut investiert. Wir unterstützen den bitter notwendigen massiven Ausbau des Angebots an Kita-Plätzen ebenso wie die Investitionen in die Schulen, insbesondere auch für die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen. Gerade im Hinblick auf die pandemiebedingten Defizite vieler Kinder, vor allem auch aus benachteiligten Familien, ist aber auch die Schulsozialarbeit wichtiger denn je, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Die Grünen-Fraktion beantragt deshalb, dass alle Aalener Grundschulen zukünftig Zugriff auf Schulsozialarbeit haben sollen.

Ferner beantragen wir, für jedes Schüler I-Pad umgehend Eingabegeräte (Apple-Pencils oder Tastatur) zu beschaffen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um mit den Geräten vernünftig arbeiten zu können.

Für Jugendliche soll nun dieses Jahr endlich unser letztjähriger Antrag umgesetzt werden, im Bereich der östlichen Kernstadt den von Jugendlichen und Kindern dringend gewünschten Dirtpark als Ersatz für des von Mountainbikern selbst geschaffenen Parcours im Tannenwäldle zu schaffen.

Für den von Auszubildenden gebauten Blauwagen beantragen wir einen Zuschuss von 10.000 Euro, damit dieser mit seinem beliebten Kinder- und Familienangebot noch mehr Spielplätze, auch in den Teilorten, anfahren kann.

Zwei Fliegen mit einer Klappe fangen möchten wir mit dem Antrag, eine Planungsrate von 20.000 Euro in den Etat einzustellen, um den Spritzenhausplatz für Kinder und Familien attraktiver zu gestalten. Während es für Kleinkinder in der Innenstadt immerhin eine Rutsche, den Drachen und ein Karussell gibt, fehlen Spiel- und Bewegungsgeräte für ältere Kinder und Jugendliche völlig. So kann einerseits für Familien ein attraktives Angebot zum Verweilen in der Innenstadt geschaffen werden. Andererseits halten Fachleute solche Angebote für einen entscheidenden Faktor, um Gastronomie, Dienstleistung und Handel in den Innenstädten zu beleben. Die Ergebnisse der Bürgerbefragung bestätigen den Wunsch nach mehr Spielplätzen und Aufenthaltsmöglichkeiten in der Innenstadt.

Die Verschuldung müssen wir im Blick haben. Da gilt es, in den kommenden Jahren auf Sicht zu fahren. Ärgerlich sind für uns die enormen Belastungen durch den Steg einschließlich der nachgeschobenen Stegplätze. Die Kosten dafür stehen im umgekehrten Verhältnis zum Nutzen des Bauwerks. Wenn nun doch wenigstens ein Teil der Kosten als Zuschuss vom Steuerzahler bezahlt wird, ist das zwar für den Etat der Stadt erfreulich. Der Steg wird aber als Monument der Verschwendung gut sichtbar bleiben.

Die in meiner Rede genannten und weitere Anträge meiner Fraktion sind der Haushaltsrede beigelegt.

Jetzt geht es darum, in der Krise nach vorne zu schauen und die dafür erforderlichen Veränderungen entschlossen gemeinsam anzugehen.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Mitwirkung an diesem Haushalt und den Einsatz bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Ziele. Der Kämmerin wünschen wir von dieser Stelle aus alles Gute.

Michael Fleischer

Es gilt das gesprochene Wort

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag Testbetrieb autonomer Shuttle**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Einrichtung eines Testbetriebs für einen autonom fahrenden Shuttle zwischen Hauptbahnhof und der Hochschule zumindest in Schwachverkehrszeiten prüft und dem Gemeinderat berichtet.

**Begründung:**

Autonomes Fahren wird unsere Mobilität in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Dies gilt auch für den öffentlichen Nahverkehr. Autonom und elektrisch fahrende Busse können helfen, Wohnquartiere, Hochschulen und Schulen bedarfs- und umweltgerecht zu erschließen.

Für Aalen bietet sich ein Shuttle zwischen Hauptbahnhof und Hochschule an. Ein solcher Shuttle macht die Nutzung eines Autos für die Studierenden unattraktiv und trägt so zur Entlastung des Verkehrs und der Umwelt bei.

Die Verwaltung soll sich mit den Anbietern und Entwicklern solcher Bussysteme in Verbindung setzen und diese oder andere Strecken im Stadtgebiet auch als Teststrecke anbieten.

Der Testbetrieb muss aus Sicherheitsgründen mit Fahrer erfolgen.

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag Zuschuss für die Arbeit des „Blauwagens“ im gesamten Stadtgebiet**

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, das Projekt „Blauwagen“ im Jahr 2023 mit einem Zuschuss von 10.000 € zu unterstützen.

**Begründung:**

Bei dem „Blauwagen“ handelt es sich um einen von Auszubildenden unter der Regie der katholischen Betriebsseelsorge und des Hauses der Jugend umgebauten Bauwagen. Er hat diesen Sommer mit einem vielfältigen Programm für Kinder auf verschiedenen Aalener Spielplätzen Station gemacht, um so möglichst viele Kinder und ihre Familien zu erreichen.

Es gab ein Spiel- und Bastelangebot, aber auch die Möglichkeit, sich in Jonglage, Tanz und Theater auszuprobieren. Dazu gab es Kaffee und selbstgebackenen Kuchen zu familienfreundlichen Preisen. Der „Blauwagen“ entwickelte sich schnell zu einem beliebten Treffpunkt.

Damit der „Blauwagen“ im Jahr 2023 noch mehr Standorte auch in den Teilorten anfahren kann, soll dieses Projekt mit einem Zuschuss von 10.000 € unterstützt werden.

### **Antrag zur digitalen Teilhabe älterer Menschen**

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, dass die Stadt dem DigitalPakt Alter und dem Projekt „Digitaler Engel“ beitrifft und zusammen mit den Partnern der Seniorenarbeit in Aalen die bereits vorhandenen Angebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen für ältere Menschen ausbaut.

#### **Begründung:**

Der vom Bundesseniorenministerium auf den Weg gebrachte und geförderte DigitalPakt Alter hat zum Ziel, die digitale Teilhabe älterer Menschen zu stärken – für ein selbstbestimmtes Leben, auch im hohen Alter. Dafür werden ausgewählte Erfahrungsorte mit je 3000 Euro gefördert. Diese bieten älteren Menschen eine niedrigschwellige Unterstützung in digitalen Fragen an. Das können Kurse im Umgang mit Smartphone und Tablet sein, aber auch Leihstationen für mobile Geräte zur Unterstützung im Haushalt oder bei digitalen Arzt- oder Amtsterminen.

Es geht aber auch darum, zu vermitteln, wie viel Spaß auch Ältere beim Umgang mit digitalen Medien haben oder zukünftig haben könnten. Digital um die Welt reisen, Videochats mit der Familie, Reisen buchen, Einkaufen, Gottesdienste besuchen etc.

Der vertraute Umgang mit den digitalen Medien ist auch Voraussetzung dafür, die Vorteile einer smarten Haushaltstechnik nutzen und so länger sicher im eigenen Haus leben zu können.

Das Projekt „Digitaler Engel“ wird ebenfalls vom Bund gefördert. Träger des Projekts ist der Verein „Deutschland sicher im Netz“. Auch dieses Projekt will den Umgang älterer Menschen mit der digitalen Technik fördern. Es vermittelt Älteren praxisnah, persönlich und vor Ort, wie das tägliche Leben durch digitale Anwendungen bereichert und erleichtert werden kann. Mit Infomobilen und Ständen gehen die Mitarbeiter dorthin, wo ältere Menschen sich bewegen, etwa auf den Marktplatz, zu Gemeindezentren und zu Seniorentreffs. Dieses Angebot sollte die Stadt nutzen und eine Einladung an die „Digitalen Engel“ aussprechen.

Zudem bietet der Verein an, auch die Mitarbeiter der Seniorenarbeit bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen zu unterstützen und so als Multiplikator zu wirken.

**Antrag auf Einrichtung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems am Gmünder Torplatz**

Es wird beantragt, auf dem Gmünder Torplatz ein dynamisches Fahrgastinformationssystem einzurichten und dafür 80.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

**Begründung:**

Ein Fahrgastinformationssystem mit Anzeige der Abfahrtszeiten der verschiedenen Busse in Echtzeit bietet Busfahrgästen einen schnellen und zuverlässigen Überblick.

Am ZOB ist ein solches bereits eingerichtet. Viele Städte haben dies bereits an den meisten Haltestellen. Als weiterer Schritt in Aalen sollte ein solches System im Sinne der Förderung der umweltfreundlichen Mobilität am „kleinen Busbahnhof“ Gmünder Torplatz eingerichtet werden.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, dass für sämtliche Schüler-iPads der Schüler(innen), die an den Aalener Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien vorhanden sind und für solche, die noch angeschafft werden, zusätzlich Eingabegeräte (Apple-Pencils bzw. Tastaturen) beschafft und den Schüler(inne)n zur Verfügung gestellt werden. Hierfür sind 450.000 Euro im Haushalt 2023 vorzusehen.

Dabei soll wie folgt vorgegangen werden:

- Umfangreiche Information der Schulen und des Rates über Vorteile für das Lernen und die Verwendungsmöglichkeiten
- Bedarfserhebung an den Schulen
- Beteiligung Jugendgemeinderat ab Januar 2023 (konstituierende Sitzung)

**Begründung:**

Insbesondere an den weiterführenden Schulen sind komplexere Anwendungsszenarien, wie das Ausfüllen von elektronischen Arbeitsblättern, die Arbeit mit interaktiven elektronischen Schulbüchern, das Erstellen von anspruchsvollen Präsentationen, Grafiken, Referaten und Berichten gefordert. Effektives Arbeiten ohne Medienbrüche (z.B. Arbeitsblatt ausdrucken, ausfüllen, fotografieren und dann elektronisch zurückschicken) ist mit einem Tablet ohne elektronischen Stift oder Tastatur nicht möglich.

**Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Umsetzung des Radwegeprogramms 2023**

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt:

1. Die Verwaltung möge berichten, in welcher Höhe jeweils die im Jahr 2023 bisher vorgesehenen Maßnahmen im Radverkehr voraussichtlich bezuschusst werden.
2. Die Investitionsmittel für den Radverkehr um den Betrag, um den sich die Zuschüsse für die anstehenden Maßnahmen 2023 auf Grund des Klimaschutzprogramms des Bundes erhöhen, aufzustocken.

**Begründung:**

Auf Grund der verschiedenen Zuschussprogramme von Land und Bund sind für eine Vielzahl der vorgesehenen Maßnahmen aus dem Radwegeprogramm Zuschüsse in erheblicher Höhe zu erwarten. In der den Fraktionen übermittelten Übersicht über die anstehenden Maßnahmen werden hier für alle zuschussfähigen Vorhaben pauschal 50% oder mehr angegeben. Hier bitten wir um Präzisierung bezüglich der einzelnen Maßnahmen.

Nachdem das Klimaschutzprogramm des Bundes auf die bisherige Förderung aufsetzt, um einen zusätzlichen Anreiz zu bieten, mehr Radverkehrsvorhaben umzusetzen, sollten diese zusätzlichen Mittel dem Radverkehr auch tatsächlich zugutekommen und nicht der Kosteneinsparung dienen.

Vorrangig sollen diese Gelder für zusätzliche Maßnahmen zur Anlegung von Radwegen im verkehrsreichen Innerortsbereichen eingesetzt werden, um die Sicherheit der Radfahrenden in Aalen zu erhöhen.

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag Fachplaner/in für Radverkehr im Tiefbauamt**

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt die Schaffung der Stelle eines/r Fachplaners/Fachplanerin für Radwege beim Tiefbauamt.

Der Aufgabenbereich der Stelle soll die Umsetzungsplanung von Radwegen und die Bauleitung bei Radverkehrsmaßnahmen umfassen.

Ferner wird beantragt, diese Aufgaben kurzfristig an ein externes, darauf spezialisiertes Büro zu vergeben, bis die Stelle besetzt werden kann.

**Begründung:**

Ziel des Antrages ist eine deutliche Beschleunigung der Umsetzung von Maßnahmen für die Sicherheit im Radverkehr. Wir wollen erreichen, dass beschlossene Maßnahmen schneller „auf die Straße kommen“.

Der Gemeinderat hat ein Maßnahmenkonzept Radverkehr beschlossen. Bei der Umsetzung ist festzustellen, dass aus dem Etat vor allem Abstellanlagen (Bügel) und Mobilitätsstationen vorrangig umgesetzt werden. Bei der Umsetzung von Radfahrstreifen/Radwegen dauert es verhältnismäßig lange.

Diese Maßnahmen sind aber besonders dringlich, weil sie über die Sicherheit des Radverkehrs entscheiden, vor allem im städtischen und innerörtlichen Bereich mit hohem Verkehrsaufkommen. Die im Zusammenhang mit dem Altaufstieg durchgeführte Umfrage zur Mobilität bestätigt, dass die Verkehrssicherheit für die Radfahrenden in Aalen von den Teilnehmern innerorts als schlecht bewertet wird.

Schon seit Jahren ist festzustellen, dass an der Schnittstelle von der Entwurfsplanung im Umweltamt/Amt für nachhaltige Mobilität und der Ausführungsplanung durch das Tiefbauamt erhebliche Verzögerungen auftreten. Der Radverkehr kann nicht ausreichend gegenüber anderen Vorhaben priorisiert werden. Die personellen Kapazitäten reichen für eine vor dem Hintergrund des Konzepts zur Klimaneutralität dringend notwendige Beschleunigung der Vorhaben nicht aus. Das bestätigt auch die Stellungnahme

der Verwaltung zu den letztjährigen Fraktionsanträgen, die den Fraktionen am 16.11.2022 übermittelt wurde. Dort wird unter Ziff. 2.1 zu unserem letztjährigen Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Radverkehr u.a. folgendes ausgeführt:“ Das Tiefbauamt ist in den Jahren 2022 und 2023 hinsichtlich Planungsleistungen und Baudurchführungen bereits bis an die Grenze ausgelastet (.....) Dies bedeutet, dass trotz einer Aufstockung der Finanzmittel keine weiteren Projekte umgesetzt werden könnten.“

Hinzu kommt, dass es zwischenzeitlich auf den Radverkehr spezialisierte Fachplaner(innen) gibt. Dieses Spezialwissen im Radwegverkehrsbereich wollen wir zielgerichtet nutzen und auch im Tiefbauamt als dem für die Umsetzung der Maßnahmen zuständigen Amt ansiedeln. Das trägt zusätzlich dazu bei, die Umsetzung der Maßnahmen zu beschleunigen

## **Antrag generationengerechte Angebote und Generierung von Wohnraum in den Bestandswohngebieten**

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, verstärkt und massiv in die Innenentwicklung einzusteigen. Zusätzlich zur Aktivierung von leerstehendem und renovierungsbedürftigem Wohnraum im Rahmen des Handlungsprogramms Wohnen sollen in den Altbaugebieten Bereiche ausgelotet werden, die am stärksten vom Generationswechsel betroffen sind und es soll ein Managementsystem für solche Bestandsgebiete aufgebaut werden.

Als „Initialzündung“ hierfür wird beantragt, zunächst eine zusätzliche Vollzeitstelle im bereits vorhandenen Bereich des Leerstellenmanagements zu schaffen.

### **Begründung:**

Mit den gesondert gestellten Anträgen zur digitalen Teilhabe im Alter und dem Projekt „Wohnen für Hilfe“ will die Fraktion erreichen, dass ältere Menschen, die dies möchten, so lange wie möglich in ihren Häusern leben können.

Eine zunehmende Zahl älterer Menschen empfinden ihre Häuser aber nach dem Auszug der Kinder oder Versterben des Partners/der Partnerin als zu groß und die Pflege und Versorgung ihrer Häuser und Gärten wird ihnen zu viel. Auch wird das Leben oft beschwerlich, da die Häuser nicht altengerecht gebaut wurden.

Häufig ist aber Hilfe und Unterstützung erforderlich, um attraktive Alternativen aufzuzeigen, abzuwägen und gegebenenfalls auch zu realisieren. Dazu bedarf es passender Wohnungsangebote. Zusätzlich zum Bestand sollen hierfür in den Wohngebieten und Teilorten geeignete Wohnungen konzipiert und errichtet werden. Viele Eigentümer wollen in ihrem Quartier bleiben.

Mit dem Antrag werden folgende Ziele verfolgt:

- Aufzeigen und Nutzung bereits vorhandener Strukturen der Quartiersarbeit und des Quartiersmanagements
- Schaffung von Netzwerken in allen Altbaugebieten der Stadt und in den Ortschaften
- Beratung älterer Menschen über Möglichkeiten zur altersgerechten Sanierung ihrer Immobilien und Aufzeigen von Alternativen

- Angebot alternativer Wohnmöglichkeiten in jedem Bestandsgebiet in Zusammenarbeit mit der Aalener Wohnungsbau GmbH
- Entwicklung eines Modellvorhabens mit ca. 10 bis 15 Geschosswohnungen in Modulbauweise, das an verschiedenen Orten der Stadt kostengünstig errichtet werden kann. Optional auch mit Räumen zu Unterbringung von Pflegekräften und mit variablen Grundrissen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, hierfür ein Konzept zu entwickeln,

Als Initialzündung für diese Aufgabe soll die Vollzeitstelle im bereits vorhandenen Bereich des Leerstellenmanagements geschaffen werden. Die Kraft soll zeitnah Konzepte zusammen mit gemeinnützigen Trägern und der Wohnungsbau Aalen GmbH entwickeln und die weiteren Personalbedarfe eruieren.

Die Stadt Aalen wächst. Aus Gründen des Klima- und Landschaftsschutzes muss alles darangesetzt werden, sämtliche Ressourcen der Innenentwicklung zu nutzen, bevor sich die Stadt noch weiter in die Landschaft ausdehnt. Außerdem wird dadurch vorhandene Infrastruktur genutzt. Investitions- und Folgekosten werden dadurch minimiert.

Mit dem Innenentwicklungsprogramm und dem Handlungsprogramm Wohnen sind erste Schritte gemacht, um leerstehenden Wohnraum einer Nutzung zuzuführen. Bisher nicht im Fokus war aber der Generationswechsel in den Bestandsgebieten. Allein aufgrund der Demografie liegt aber in diesem Generationswechsel ein enormes Potential für die Gewinnung von Wohnraum gerade für junge Familien. Wenn gleichzeitig der Wunsch der Älteren nach einer anderen Wohnsituation erfüllt werden kann, kann sich eine Win-Win-Situation ergeben.

### **Antrag Klimazwilling**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt,

1. beim Umweltbundsamt abzufragen, welche europäische Stadt heute die klimatischen Bedingungen hat, die in 50 Jahren voraussichtlich in Aalen herrschen werden,
2. mit dieser Stadt einen Austausch darüber zu beginnen, mit welchen Strategien und Maßnahmen sie das innerstädtische Klima für die Bewohner der Stadt erträglich macht.

### **Begründung:**

Eine Klimaanalyse des Umweltbundesamts zeigt, dass sich die klimatischen Werte aller Regionen in Deutschland bereits so verschoben haben, dass Städte und Regionen heute klimatische Bedingungen aufweisen wie sie vor 50 Jahren weiter im Südwesten herrschten. Diese Veränderungen haben ihre Ursache in dem seit Jahrzehnten andauernden Anstieg der mittleren Temperaturen, die auch zu einem veränderten Niederschlagsmuster führten: Es gibt im Jahresdurchschnitt mehr Niederschlag mit einer Neigung zu Starkregen.

Die heutige Datenlage macht es möglich, für die Stadt Aalen zu ermitteln, welche Stadt in den Jahren 1961 bis 1991 die klimatischen Bedingungen aufwies, die in 50 Jahren voraussichtlich in Aalen herrschen werden. Bislang wurden 41 Standorte in Deutschland so analysiert. Danach wird Hamburg bis zum Ende des Jahrhunderts ein Klima wie an der französischen Atlantikküste zwischen Nantes und Bordeaux haben, andere Städte ein Klima wie in Nordspanien.

Die Kenntnis der klimatischen Zwillingstadt macht es möglich, den Klimawandel bei allen künftigen Entscheidungen besser zu berücksichtigen. Aus dem Austausch mit der Zwillingstadt ergeben sich Antworten etwa auf die Frage wie künftig Plätze, Straßenzüge, Wohngebiete gestaltet werden sollten, welche Rolle Wasser in der Stadtplanung spielt usw.

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag Pop-up-Radwege**

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, zu ermitteln, auf welchen Straßen Pop-Up-Radwege möglich wären und hierfür ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen:

**Begründung:**

Pop-up-Radwege sind Radfahrstreifen, die schnell eingerichtet werden können, weil die Abgrenzung zu den Autospuren aus gelben Streifen und unbedingt erforderlichen zusätzlichen Baustellenbaken oder Baum- und Blumenkübeln etc. bestehen. Pop-up-Radwege sind zeitlich begrenzt. Sie eignen sich deshalb besonders für eine Testphase. Sollte sich die Linienführung nicht bewähren, kann schnell und ohne hohe Kosten nachgebessert werden. Sollte sich der Radweg bewähren, kann über eine dauerhafte Lösung nachgedacht werden.

Diese Radwege sorgen schnell und ohne hohe Kosten für mehr Sicherheit und Platz für Radfahrende. Sie können eingerichtet werden, ohne dass es des Nachweises einer besonderen Gefahrenlage nach § 45 IX StVO bedarf.

In Aalen sind Radfahrende auf sehr vielen Strecken auf die Nutzung von Geh- und Radwegen angewiesen. Die Zahl der Radfahrenden nimmt in den letzten Jahren erfreulicherweise stetig zu. Die gemeinsame Nutzung eines Weges wird deshalb für Radler und Fußgänger immer schwieriger und lässt häufiger als früher Gefahrensituationen entstehen.

Für die Einrichtung eines Pop-up-Radwegs besonders geeignet sind Straßen, die besonders breit (z.B. Wilhelm-Merz-Straße) oder drei- und vierspurig sind.

Gerade in der vierspurigen Stuttgarter Straße ist Platz vorhanden, der mit einfachen Mitteln genutzt werden könnte.

Die Situation für Radfahrer ist dort besonders unbefriedigend, da es nur stadtauswärts auf dem Teilstück zwischen Neuem Tor und Friedrichstraße einen Geh- und Radweg gibt, der von Radfahrern in beiden Richtungen zu befahren ist. Dieser Weg ist sehr schmal und ist nun auch noch wegen der Bauarbeiten am Südportal des Rathauses gesperrt. Ein besonderes Gefahrenpotential entsteht zudem durch die ent-

lang der Stuttgarter Straße parkenden Autos, da Beifahrer regelmäßig ohne Beachtung des Radverkehrs die Autotür öffnen. Auch in Aalen nimmt die Zahl der Radfahrenden zu, so dass derart schmale Geh- und Radwege nicht mehr ausreichend sind.

**Antrag Querungshilfe in der Fackelbrückenstraße in Höhe des Geh- und Radwegs entlang der Aal**

Es wird beantragt, in der Fackelbrückenstraße an der Querung des Geh- und Radwegs entlang der Aal eine Querungshilfe zu bauen und dafür zusätzlich 80.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

**Begründung:**

Der Geh- und Radweg entlang der Aal wird sehr gut angenommen, da er abseits des Verkehrs liegt und der Radweg entlang der Gartenstraße im östlichen Bereich sehr schmal ist.

Nicht gesichert ist aber die Querung der vielbefahrenen Fackelbrückenstraße, weshalb hier eine Querungshilfe gebaut werden soll.

### **Antrag Schulsozialarbeit**

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, dass alle Aalener Grundschulen die Möglichkeit erhalten sollen, bei Bedarf auf die Unterstützung durch Schulsozialarbeit zurückzugreifen.

Es soll wie folgt vorgegangen werden:

- Information zum Thema, wo bislang noch keine Schulsozialarbeit installiert ist und Bedarfserhebung an den Grundschulen
- Rasche Einführung von Kooperationen zwischen den Schulen im Bedarfsfall (Schulsozialarbeiter(innen) von anderen Schulen sollen aushelfen und beraten)
- Sehr zeitnahe Installation von Schulsozialarbeit an allen Aalener Grundschulen

### **Begründung:**

Die Schulsozialarbeit ist sehr wichtig, um Probleme von Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Sie ist damit ein zentraler Faktor für die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit. Allen Grundschulen den Zugriff auf qualifizierte Sozialarbeit zu ermöglichen, ist auch im Hinblick auf die pandemiebedingt gewachsenen Defizite vor allem von Kindern aus sozial benachteiligten Familien von besonderer Bedeutung.

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag zur Übernahme der Kosten für ein 365-Euro-Ticket des Landes Baden-Württemberg für Studierende der Hochschule Aalen mit 1. Wohnsitz in Aalen**

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, an Stelle der bisherigen Gewährung des Semestertickets 2 die Nutzung des ÖPNV durch die Studierenden der Hochschule Aalen mit erstem Wohnsitz in Aalen künftig wie folgt zu fördern:

1. Die Stadt übernimmt für jeden Studierenden mit erstem Wohnsitz in Aalen für die Dauer der ersten beiden Semester die Kosten für das vom Land Baden – Württemberg für Studierende zum 1.3.2023 beschlossene 365-Tage-Ticket für Studierende.
2. Die Stadt übernimmt für jeden Studierenden der Hochschule Aalen mit erstem Wohnsitz in Aalen für die Dauer des 3. bis 8. Semesters die Hälfte der Kosten für das 365-Euro-Ticket.
3. Sollte das Land Baden-Württemberg das 365-Tage-Ticket für Studierende nicht zum 1.3.2023 einführen, übernimmt die Stadt ab 1.1.2023 die Kosten für das 49-Euro-Ticket entsprechend der bisherigen Regelungen zum Semesterticket 2.
4. Der Gemeinderat berät und entscheidet zeitnah über die Zukunft des Umwelttickets der Stadt Aalen mit dem Ziel, einen Anreiz zum Umstieg auf das bundesweite 49-Euro-Tickets des zu setzen. Die Stadtverwaltung soll hierfür die notwendigen Berechnungen durchführen und dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Umsetzung dieses Zieles vorlegen.

**Begründung:**

Seit einigen Jahren erhalten Studierende der Hochschule Aalen im Rahmen eines Begrüßungspakets das Semesterticket 2 für die ersten beiden Semester, wenn sie ihren ersten Wohnsitz in Aalen anmelden. Für die Zeit vom 3. bis zum 8. Semester erhalten diese Studierenden eine Ermäßigung von 50%.

Das Semesterticket 2 berechtigt die Studierenden zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV im OstalbMobil-Raum,

Das Land Baden-Württemberg will nun zum 1.3.2023 ein 365-Tage-Ticket für Jugendliche, Auszubildende und Studierende mit Wohnsitz in Baden-Württemberg einführen. Die Vereinbarungen mit den Kreisen, Stadtkreisen und Verkehrsverbänden sind geschlossen.

Mit dem Ticket können alle öffentlichen Verkehrsmittel in Baden-Württemberg für einen Euro täglich genutzt werden. Dieses Ticket ist deshalb geeignet, einen relevanten Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz zu leisten. Es ist so attraktiv,

dass es jungen Menschen leichtfallen wird, umwelt- und klimaschonende Verkehrsträger wie Bus und Bahn zu nutzen. Wegen des günstigen Preises entlastet es auch die Familien der Studierenden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte deshalb die bisherige Förderung der Studierenden mit erstem Wohnsitz in Aalen umstellen auf die Förderung des 365-Tage-Tickets des Landes.

Zum Zeitpunkt der Formulierung dieses Antrags war noch nicht bekannt, ob das 49-Euro-Ticket für Deutschland zum 1.1.2023 eingeführt wird und ob oder wie sich dieses Ticket auf das vom Land beschlossene 365-Tage-Ticket auswirken wird. Sollte das 365-Tage-Ticket wegen des 49-Euro-Tickets nicht eingeführt werden, soll die Stadt die Kosten für das 49-Euro-Ticket entsprechend der bisherigen Regelungen zum Semesterticket 2 übernehmen. Das 49-Euro-Ticket hätte den Vorteil, dass Heimfahrten auch für Studierende aus anderen Bundesländern kostenfrei wären.

Der Preis für das von der Stadt subventionierte Umweltticket für Aalen beträgt derzeit 39 Euro monatlich und liegt damit nur noch 10 Euro unter dem zukünftigen bundesweiten ÖPNV-Angebot. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen auf das 49-Euro-Ticket und damit in großem Umfang auf den ÖPNV umsteigen. Die Stadtverwaltung soll die hierfür notwendigen Berechnungen vornehmen und dem Gemeinderat und einen Vorschlag zur Erreichung dieses Ziels vorlegen.

### **Antrag Speicherkraftwerk**

1. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Speicherkraftwerks auf dem Gebiet der Stadt Aalen. In einem ersten Schritt sollen die Systeme der Fa. Energy Vault und CMBlu Energy verglichen werden und das besser geeignete System ausgewählt werden. In einem zweiten Schritt soll das gewählte System auf Machbarkeit und Umsetzung mit einer Bürgergenossenschaft untersucht werden.
2. Die Stadt ersetzt den SWA die Kosten für diese Machbarkeitsstudie. Dafür werden 50.000 Euro in den städtischen Haushalt eingestellt

### **Begründung:**

Solar- und Windenergie werden für die Energieversorgung immer wichtiger. Die Netzkapazität ist derzeit der beschränkende Faktor. Übertragungskapazitäten sind bereits heute am Rand der Leistungsfähigkeit. Die Entwicklung von Batteriespeichern ist noch nicht abgeschlossen, Batteriesysteme sind derzeit durch hohe Kosten, Sicherheitsprobleme und ihre geringe Skalierbarkeit gekennzeichnet. Pumpspeicherkraftwerke benötigen viel Platz und sind oft aus Umwelt- und Naturschutzgründen nicht realisierbar.

Das Unternehmen Energy Vault hat zur Speicherung von Energie ein Hubspeicherkraftwerk entwickelt, in dem elektrische Energie in Form von Lageenergie von Betonblöcken zwischengelagert wird. Es werden in einem Turm mit einem Kran Betonblöcke hochgezogen. Bei Ablassen der Blöcke wird die gespeicherte Energie nahezu ohne Energieverlust wieder in elektrische Energie gewandelt. Das System gleicht damit dem Prinzip der Pumpspeicherkraftwerke, benötigt anders als diese aber nur die Größe eines Fußballfeldes und weder Wasser noch ein Gefälle.

Laut Energy Vault erlaubt ein 120 Meter hoher Turm die Speicherung von 35 MWh an elektrischer Energie. Damit ließen sich 2000 bis 3000 Wohnungen für acht Stunden mit Strom versorgen.

Das Unternehmen CMBlue Energy hat zur Speicherung einen Organic Solid-Flow Energiespeicher entwickelt. Organic Solid-Flow Batterien speichern elektrische Energie in flüssigen Elektrolyten statt mit festen Elektroden. Es können exakt skalierte große Batteriesysteme installiert werden, die Energie puffern und die Übertragung ins Netz, bzw. zu Verbrauchsstellen verschieben.

Die Anwendung der Organic Solid-Flow Energiespeicher ist laut CMBlu Energy für große stationäre Stromspeicher geeignet, die Lebensdauer ist praktisch unbegrenzt, der Wirkungsgrad beträgt 90% und die Kapazität geht bis in den GWh-Bereich.

Mit einem dieser Speicherkraftwerke kann der auf der Gemarkung Aalen aus regenerativen Energien gewonnene Strom gespeichert und bei Bedarf in das Netz abgegeben werden. Nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie könnte das Kraftwerk von einer Investorengemeinschaft aus Stadt und Bürgern in Form einer Genossenschaft errichtet werden.

**im Aalener Stadtrat**

**Antrag Spritzenhausplatz**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Spritzenhausplatz für Kinder attraktiver zu gestalten. Es sollen weitere Spielgeräte, vor allem Sprungtrampoline für ältere Kinder, aufgestellt und das Element Wasser eingebunden werden. Hierfür soll zunächst eine Planungsrate in Höhe von 20.000 Euro in den Haushalt 2023 eingestellt werden.

**Begründung:**

Attraktive Spielplätze beleben die Innenstadt und erhöhen so die Aufenthaltsqualität und die Verweildauer aller Besucher. Dies hat die Aktion des ACA „Aalen spielt“ vor einigen Jahren eindrücklich bewiesen. Fachleute bestätigen, dass attraktive Spielmöglichkeiten ein ganz wesentlicher Faktor sind, um Handel, Gastronomie und Dienstleister in den Innenstädten zu beleben. Auch die Ergebnisse der Bürgerbefragung zeigten, dass die Bürger sich mehr Spielplätze und auch mehr Aufenthaltsmöglichkeiten in der Innenstadt wünschen.

Der Spritzenhausplatz in der jetzigen Ausgestaltung wird diesen Wünschen nicht mehr gerecht. Während es für Kleinkinder in der Innenstadt immerhin eine Rutsche, den Drachen und ein Karussell gibt, fehlen Spiel- und Bewegungsgeräte für ältere Kinder und Jugendliche völlig. Für sie wären Sprungtrampoline besonders attraktiv.

Der Klimawandel sorgt schon jetzt in den Innenstädten für unerträglich hohe Temperaturen im Sommer. Bei der Neugestaltung des Platzes sollte dies berücksichtigt werden und ein Beitrag zur Abkühlung durch die Installation etwa von Wasserspielen geleistet werden.

**Im Aalener Stadtrat**

**Antrag Stiftungsprofessur**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Stadt Aalen der Hochschule Aalen die Finanzierung einer Stiftungsprofessur für regionale Wertschöpfung anbietet.

**Begründung:**

Die Region rund um Aalen und die Stadt selbst befinden sich in einem wirtschaftlichen Transformationsprozess. Mit der Stiftungsprofessur soll die Wertschöpfungskette vor Ort und die Digitalisierung erforscht und gestärkt werden. Ein Schwerpunkt soll die Energiegewinnung bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher oder forstlicher Nutzung sein. Die Forschung soll zu einer Stärkung der heimischen Betriebe und Unternehmen, der Land- und Forstwirtschaft führen.

### **Antrag Wohnen für Hilfe**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Stadt Aalen das Projekt „Wohnen für Hilfe“ in Aalen initiiert, bewirbt und unterstützt.

#### **Begründung:**

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ gibt es seit 1992. Es bringt Studierende und Menschen mit freiem Wohnraum zusammen, die Gesellschaft und / oder Hilfe im Alltag wünschen. Die Studierenden helfen im Haushalt, erledigen kleinere Reparaturen und Gartenarbeit oder sie sind da, um bei einer Tasse Tee Gesellschaft zu leisten oder gemeinsam etwas zu unternehmen.

Der Umfang der Hilfe richtet sich nach der Größe des Zimmers. Pro Quadratmeter wird eine Stunde monatlich an Hilfe und Gesellschaft erbracht. Die Nebenkosten werden vom Studierenden gezahlt.

Die zu erbringenden Tätigkeiten und Erwartungen werden vor dem Einzug geklärt und in einem Kooperationsvertrag vereinbart. Der Vertrag wird zwischen den Studierenden und dem Vermieter/der Vermieterin geschlossen.

Bei der Vermittlung und bei den Absprachen sind Studierendenwerke oder andere Institutionen behilflich. Sie sind auch Ansprechpartner, wenn es zu Differenzen kommt. Im Raum Karlsruhe / Pforzheim hat das Studierendenwerk und der Paritätische Sozialdienst in Kooperation diese Aufgaben übernommen.

Wir möchten dieses Projekt auch in Aalen anbieten. Es ermöglicht solidarisches Handeln in unserer Stadt über Altersgrenzen hinweg, schafft den von den Studierenden dringend benötigten Wohnraum und kann helfen, dass gerade ältere Menschen länger in ihren Häusern bleiben können und nicht vereinsamen.

Die Stadt soll als Initiatorin auftreten, bei der Suche nach Trägern des Projekts helfen und das Projekt öffentlich bekannt machen und unterstützen.